

27
79

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Juli 1979

Helmut Kohl zur Lage der Union

Kraftvoll und geschlossen dem Gegner zuwenden

Die Union aus CDU und CSU hat in den letzten Wochen eine schwierige, oft schmerzliche Wegstrecke durchgemessen. Viele Mitglieder und Anhänger der Union haben die öffentlich geführte Auseinandersetzung über Strategie- und Personalfragen der Union als quälend empfunden. Geduld, Toleranz und Solidarität unserer Mitglieder sind arg strapaziert worden.

Aber wir haben die Zerreißprobe bestanden. Rechtzeitig vor der Sommerpause und den im Herbst anstehenden Wahlen sind damit die wesentlichen Grundlagen dafür geschaffen, daß sich die Union wieder kraftvoll und geschlossen den Sachfragen und unseren politischen Gegnern zuwenden kann:

■ Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU hat sich mit Mehrheit für Franz Josef Strauß als gemeinsamen Spitzenkandidaten für den Bundestagswahlkampf 1980 entschieden. Beide Schwesterparteien anerkennen dieses Votum. Als Demokraten werden wir diese Mehrheitsentscheidung aktiv tragen und offensiv vertreten.

(Weiter auf Seite 2)

■ INFORMATIONEN

Klepsch zum Vorsitzenden
der CD-Fraktion gewählt /
Union begrüßt Carters
Energieprogramm Seite 4

■ HAUSHALTS- ENTWURF 1980

Konsolidierung der Staats-
finanzen findet wieder nicht statt
Seite 7

■ KOALITION

Heiner Geißlers Antwort
auf den Wehner-Brief Seite 9

■ SPORT-HEARING

Bewegungsmangel verursacht
mehr Schäden als
Hochleistungstraining Seite 13

■ VERFASSUNGS- SCHUTZ

Vermißt wird ein klares
Bekenntnis zur Arbeit des
Staatsschutzdienstes Seite 15

■ DOKUMENTATION

Der deutsche Widerstand
und die CDU grüner Teil

■ ÖÄ

Ergänzungen und Materialien
zur Dokumentation rosa Teil

■ REGISTER

Ausgaben von 15/79 bis 26/79
gelber Teil

Die nächste Ausgabe
UiD Nr. 28/79 erscheint am
16. August 1979

In allen Gremien bestand Einmütigkeit darüber, daß jetzt die Personaldiskussionen auf allen Ebenen und von welcher Seite auch immer beendet sein müssen.

■ **Die Einheit der Union bleibt erhalten. Die Gefahr einer Spaltung ist überwunden. Die Gemeinschaft der beiden Schwesterparteien und die Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag wird weiter Bestand haben.**

Es ist der Wille und die Überzeugung aller, daß die neugefestigte Gemeinsamkeit nicht auf einen der anstehenden Wahltermine begrenzt sein könne.

■ **Die Strategiekommission hat in allen wichtigen politischen Sachfragen ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den beiden Schwesterparteien festgestellt. Das gilt in Sonderheit für die zentralen Bereiche der Energie-, Wirtschafts-, Finanz-, Familien- und Bildungspolitik. Ziel weiterer Gespräche in der Strategiekommission nach der Sommerpause sind die Erarbeitung einer gemeinsamen Wahlplattform und Verabredungen über die gemeinsame Wahlkampf-führung.**

Am Ende dieses Klärungsprozesses scheinen mir für das Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union folgende Feststellungen wichtig:

- ① Unsere Partei hat in dieser bisher schwierigsten Auseinandersetzung unserer Parteigeschichte Kraft, Substanz und den entschlossenen Willen zur Einheit bewiesen. In der Härte der Auseinandersetzung sind Gräben aufgerissen und Verletzungen zugefügt worden. Der Groll darüber darf unser weiteres Handeln nicht bestimmen. Wir müssen auch im Menschlichen wieder aufeinander zugehen. Wir alle wissen, wie wichtig es ist, daß unsere führenden Persönlichkeiten auch über menschliches Format und Charakter verfügen.
- ② In der Frage der Kanzlerkandidatur ist eine Mehrheitsentscheidung zwischen zwei gleichermaßen befähigten Kandidaten getroffen worden. CDU und CSU bleiben die Volksparteien der politischen Mitte, in der sich die geistigen Grundströmungen der liberalen, christlich-sozialen und konservativen Ideen vereinigen. In diesem Geiste kann Franz Josef Strauß mit der Solidarität auch derjenigen Landesverbände, Parteigliederungen und Mitglieder rechnen, die zuvor eine andere personelle Präferenz vertreten haben.
- ③ Wir kämpfen 1980 um einen Regierungswechsel mit dem Ziel, eine bessere Politik zu verwirklichen. Wir werden den Wahlkampf mit den besseren Argumenten einer klaren politischen Sachaussage führen. Grundlage unserer gemeinsamen Politik ist das in Ludwigshafen einstimmig beschlossene Grundsatzprogramm der CDU und das Grundsatzprogramm der CSU. Auf dieser Basis werden wir die gemeinsame Wahlkampfplattform mit der CSU erarbeiten und unseren Wahlkampf führen.

Jetzt gilt es, den Blick nach vorn zu richten und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wieder aufzunehmen.

In zentralen, für die Zukunft unseres Landes lebenswichtigen Fragen ist die Bundesregierung und ist die Koalition aus SPD und FDP zu klaren politischen Entscheidungen nicht mehr fähig.

Das gilt z. B. für

- die Energiepolitik, bei der sich der Bundeskanzler gegen die Kernkraftgegner innerhalb der Koalitionsparteien bisher nicht durchsetzen konnte. Die Versäumnisse

Eine gute Ausgangsposition

Nach der Nominierung von Franz Josef Strauß zum Spitzenkandidaten und nach der letzten Sitzung der gemeinsamen Strategiekommision gab Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn folgende Zwischenbilanz:

Die beiden Parteien konnten feststellen, daß sie in den wichtigen Sachfragen übereinstimmen. CDU und CSU haben damit eine gute Ausgangsposition für eine gemeinsame Wahlkampfplattform gefunden. Damit wurden wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf 1980 geschaffen. Die Union wird diesen Wahlkampf gemeinsam führen.

In der Sommerpause wird die CDU-Bundesgeschäftsstelle Analysen und Unterlagen über die Hauptthemen und die unterschiedlichen Positionen gegenüber SPD und FDP erstellen. Zusammen mit den bisher schon vom Konrad-Adenauer-Haus erarbeiteten empirischen Daten werden diese Entscheidungshilfen der CSU und den Führungsgremien der CDU für die im September vorgesehene Fortsetzung der gemeinsamen Beratungen zur Verfügung gestellt.

nisse und Halbherzigkeiten der Energiepolitik der Bundesregierung werden jetzt durch die Politik der Ölländer für jedermann erkennbar. Schon diskutiert die Bundesregierung einschränkende Ge- und Verbote als typische Rezepte sozialistischer Mangelverwaltung.

- In der Wirtschaftspolitik hat sich die Bundesregierung als unfähig erwiesen, die leistungs- und investitionsfeindliche Bürokratisierung aller Lebensbereiche einzudämmen und abzubauen. Statt dessen gibt sie immer wieder denjenigen Kräften — vor allem innerhalb der SPD — nach, die den Einfluß staatlicher Reglementierung und Kontrolle noch weiter ausbauen wollen.
- In der Finanzpolitik belastet die Bundesregierung unser Land mit einem unaufhaltsam wachsenden Schuldenberg. Gleichzeitig wehrt sie sich noch immer gegen die Forderung, die ungerechte und leistungsfeindliche Überbesteuerung abzubauen.
- In der Familienpolitik setzt die Bundesregierung trotz aller gegenteiligen Versicherungen den Kurs sozialistischer Gesellschaftspolitik fort. Das gilt für die Reform des elterlichen Sorgerechts ebenso wie für das Jugendhilferecht und für die einseitige materielle Benachteiligung nichtberufstätiger Mütter.

Dies sind nur einige — wenn auch wichtige — Beispiele für die Schwerpunkte, auf die wir uns in den kommenden Monaten bei der Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern konzentrieren werden.

Auf all diesen Gebieten ist die Union in den Sachaussagen einig. Unser Kurs ist klar. Er ist eine Absage an jede Form des Kollektivismus. Ziel unserer Politik ist eine sichere Zukunft in Freiheit.

Ich bitte alle Mitglieder und Freunde der CDU, insbesondere alle die, die politische Mitverantwortung tragen, gemeinsam für den Wahlsieg 1980 zu arbeiten.

■ INFORMATION

Union begrüßt Carters Energieprogramm

Zu dem vom amerikanischen Präsidenten Carter angekündigten Energieprogramm erklärte Helmut Kohl, es bewei-
se Mut und den entschlossenen Willen,
zur Lösung des weltweiten Energiepro-
blems einen wesentlichen Beitrag zu
leisten.

Präsident Carter versuche, die wirt-
schaftlich und technologisch gegeben-
en Möglichkeiten unvoreingenommen
auszuschöpfen. Energieeinsparung,
Ausbau alternativer Energiequellen und
der Einsatz der Kernenergie ergänzten
einander.

Für die Partner der USA bedeute dieses
Programm eine wichtige Ermutigung:
Es vermeide die falschen Alternativen
eines ideologisch bestimmten „Entwer-
der-Oder“.

In der Bundesrepublik Deutschland
seien starke Kräfte innerhalb der SPD
dabei, diesen Weg der Vernunft zu ver-
lassen. Es sei dem Bundeskanzler nicht
gelingen, die Kernkraftgegner in seiner
Partei davon zu überzeugen, daß wir
eine Energiepolitik ohne ideologische
Scheuklappen und Tabus brauchen.

Zur innerparteilichen Diskussion über
die Kernenergie nach dem baden-würt-
tembergischen SPD-Landesparteitag
sagte Regierungssprecher Bölling, Bun-
deskanzler Schmidt werde sich als Mit-
glied der SPD allen Auseinandersetzun-
gen stellen. Bölling verschwieг nicht,
daß sich die Ansichten des Bundes-
kanzlers und des baden-württembergi-
schen Landesvorsitzenden Eppler über
Nutzung der Kernenergie „nicht auf
einen Nenner bringen ließen“.

Klepsch zum Vorsitzenden der CD-Fraktion gewählt

Die christlich-demokratische Fraktion
(Fraktion der Europäischen Volkspartei)
des direkt gewählten Europäischen Par-
laments hat sich am 9. und 10. Juli
unter Leitung ihres Alterspräsidenten
Gonella (Italien) konstituiert. Ihre Mit-
glieder wählten mit überwältigender
Mehrheit den CDU-Abgeordneten Dr.
Egon Klepsch zu ihrem Vorsitzenden.
Auf ihn entfielen 96 der 99 abgegebenen
Stimmen. Zu stellvertretenden Vor-
sitzenden wurden gewählt: Frau Maria-
Luisa Cassanmagnago Cerretti (Italien)
und Willem Vergeer (Niederlande).

Zum Vorsitzenden der Fraktion der
Europäischen Liberalen ist der FDP-
Bundestagsabgeordnete Bangemann
gewählt worden.

Die britischen Konservativen haben be-
schlossen, eine eigenständige „Europä-
ische Demokratische Fraktion“ unter
dem Vorsitz Jim Scott-Hopkins zu bil-
den.

Der Abgeordnete der gaullistischen
„Sammlungsbewegung für die Repu-
blik“ (RPR), Christian de la Malène,
ist Fraktionsvorsitzender der „Europä-
ischen Demokraten des Fortschritts“.
Die Gruppe setzt sich aus 15 Gaullisten,
fünf Angehörigen der irischen Regie-
rungspartei Fianna Fail und dem däni-
schen Parlamentarier Kay Nyborg zu-
sammen.

Zum Fraktionschef der Sozialisten wur-
de der Belgier Ernest Glinne, ehemals
Arbeitsminister in Brüssel, gewählt.

Matthöfer in die Schränken gewiesen

Niedersachsen werde ebenso wenig in
seiner Haltung zur Deutschland-Klau-
sel des neuen Umsatzsteuergesetzes

ferngesteuert wie irgendein anderes CDU-geführtes Bundesland, erklärte der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung zu Äußerungen von Bundesfinanzminister Matthöfer, die dieser im Zusammenhang mit der Ablehnung des neuen Umsatzsteuergesetzes durch den Bundesrat gemacht hatte.

Der Minister hatte unter anderem behauptet, Bayern und seine getreuen Gefolgsleute in den CDU-regierten Ländern hätten im Bundesrat das Umsatzsteueränderungsgesetz blockieren lassen. Die niedersächsische Landesregierung erklärte demgegenüber, Niedersachsen habe sich schon seit langem — so am 6. April 1978 — im Finanzausschuß des Bundesrates gegen die Neuabgrenzung des Inlandbegriffs gewandt. Matthöfer müsse sich vielmehr fragen lassen, inwieweit die Bundesregierung mit der Neuformulierung den Rechtsstandpunkt aufgeben, wonach die völkerrechtlich wirksame und endgültige Grenzziehung einem Friedensvertrag vorbehalten bleibe.

Neumann gewählt

Zum neuen Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Bremen wurde Bernd Neumann gewählt.

Neumann konnte auf dem außerordentlichen Landesparteitag der Bremer CDU 184 Ja-Stimmen der 211 stimmberechtigten Delegierten auf sich vereinigen; 12 stimmten mit Nein, 12 enthielten sich, drei Stimmzettel waren ungültig.

Schlamperei im Fall „Roland“

Die Opposition hat den Fall des mehr als 24 Stunden verschwundenen Panzers mit dem Raketenabwehrsystem Roland kritisch aufgegriffen. Der CDU-

Abgeordnete Lothar Haase forderte von der Bundesregierung Auskunft darüber, warum der Transport des Panzers auf einem Tieflader von Kassel nach Trier ohne Begleitung erfolgte. Haase will weiter wissen, ob Spionageverdacht ausscheidet und welche Konsequenzen der Bundesverteidigungsminister ziehe. Falls Presseberichte zuträfen, müsse dem Verteidigungsministerium der Vorwurf einer „ungeheuerlichen Schlampelei“ gemacht werden.

DFB-Präsident enttäuscht über Koalitionsparteien

Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußballbundes, griff auf der Generalversammlung des Landessportverbandes für das Saarland die Bonner Koalitionsparteien an: „Das Ergebnis der jüngsten Beratungen und Entscheidungen im steuerrechtlichen Bereich war und ist gerade für die kleinen Vereine, um die es den Politikern den Reden nach in Sonderheit geht, wahrlich enttäuschend. Mögliche Erleichterungen der wirtschaftlichen Lage der Sportvereine sind buchstäblich vertan worden. Anträge der Opposition in Bonn wurden niedergestimmt. Sie hätten für den Sport eine nicht geringe Hilfe sein können.“

Steuervorteil für Energiesparer

Die schleswig-holsteinische Landesregierung will nach der Sommerpause im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Energieeinsparung einbringen. Ziel der Initiative ist es nach den Worten von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, Investitionen zur Energieeinsparung und zur „alternativen Energiegewinnung“ steuerlich zu begünstigen, um so die Abhängigkeit vom Erdöl zu verrin-

gern. Es sollen vor allem „Alternativen“ wie Biogas, Wärmepumpen, Wind- und Solaranlagen gefördert werden.

Glückwunsch für Zeyer

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl hat dem neuen Ministerpräsidenten des Saarlandes, Werner Zeyer, ein Glückwunschtelegramm übermittelt, in dem es heißt: „Ich beglückwünsche Sie sehr herzlich zu Ihrer überzeugenden Wahl zum Ministerpräsidenten des Saarlandes. Für Ihre große Aufgabe wünsche ich Ihnen Glück und Erfolg. Ich weiß, daß die Zukunft des Saarlandes bei Ihnen in guten Händen liegt.“ Der 50jährige Werner Zeyer wurde in der geheimen Abstimmung mit 28 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen der Abgeordneten des saarländischen Landtages zum Nachfolger des plötzlich verstorbenen Dr. Franz Josef Röder zum Ministerpräsidenten gewählt. Dem insgesamt 50 Landtagsabgeordnete umfassenden saarländischen Landtag gehören 25 CDU-, 3 FDP- und 22 SPD-Abgeordnete an.

Opposition fordert Regierungsmodell

Die CDU/CSU-Opposition hat der Bundesregierung vorgeworfen, bisher kein Organisationsmodell für eine gemeinsame zivile und militärische Flugsicherung vorgelegt zu haben, obwohl Verkehrs- und Verteidigungsausschuß als Termin den 26. Juni gesetzt hätten. Der Luftverkehrsexperte der Union, Ferdi Tillmann, nannte es einen Skandal, daß sich die Bundesregierung damit zum wiederholten Male in dieser Sache als entscheidungsunfähig erwiesen habe. Tatsache sei, so erklärte der CDU-Abgeordnete, daß ein weiteres Festhalten an der gegenwärtigen Zweigleisigkeit in

der Flugsicherung für den engen Luftraum über der Bundesrepublik ein wachsendes Sicherheitsrisiko darstelle. Die Union fordert die Einheit der Flugsicherung unter Beteiligung militärischer Fluglotsen.

Der Kohlepfennig soll wieder gesenkt werden

Nach den jüngsten Ölpreiserhöhungen soll ab 1. Oktober der „Kohlepfennig“ gesenkt werden. Dies sieht ein Antrag der Unionsfraktion vor, der im Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Der Kohlepfennig, also die Zusatzabgabe zur Verstromung deutscher Steinkohle, war am 1. Januar 1979 im Bundesdurchschnitt auf 6,2 Prozent des Stromverbrauchs erhöht worden.

Sozialgesetz für Künstler

Die CDU/CSU-Opposition dringt auf die Verabschiedung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Künstler noch in dieser Legislaturperiode. Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Anton Pfeifer, erklärte in Bonn, wenn nicht endlich gesetzgeberische Fortschritte in diesem Bereich zustande kämen, würden Bundesregierung und Parlament im Herbst 1980 wieder mit leeren Händen den Künstlern gegenüberstehen. Bedenken erhebt die Opposition vor allem gegen die Tatsache, daß die Regelung Künstler und Autoren im Alter von über 50 Jahren als „alte Last“ weitgehend ausklammere, obwohl gerade in dieser Gruppe die soziale und wirtschaftliche Lage besonders ungenügend sei. Die CDU/CSU bemängelt außerdem, daß viele der durch den Gesetzentwurf betroffenen Künstler gegenwärtig wirtschaftlich nicht in der Lage seien, die Sozialversicherungsbeiträge in der vorgesehenen Höhe zu tragen.

■ HAUSHALTSENTWURF 1980

Konsolidierung der Staatsfinanzen findet wieder nicht statt

Wieder einmal liest man es in den Haushaltsbeschlüssen der Regierung anders, als man es von ihr hört. Die von der CDU/CSU und allen Sachkennern seit langem geforderte, vom Bundeskanzler bereits in seiner Regierungserklärung 1976 angekündigte und inzwischen auch von Bundesfinanzminister Matthöfer für dringend notwendig erklärte Konsolidierung der zerrütteten Bundesfinanzen wird erneut vertagt, stellt MdB Heinrich Windelen, Vorsitzender des Haushaltsausschusses und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Im Haushaltsentwurf 1980 ist ein Schuldenzuwachs von über 28 Mrd. DM eingeplant, praktisch also genauso viel wie dieses Jahr. 1979 wird die Regierung nach der letzten Steuerschätzung (ohne die Nachtragshaushalte, die für 1980 ebenso zu erwarten sind) neue Schulden von 28,9 Mrd. DM machen müssen; 1980 sollen es 28,2 Mrd. DM sein. Konsolidierung heißt für Bundesfinanzminister Matthöfer offensichtlich nur noch, daß sich der Schuldenzuwachs bei 28 Mrd. DM einpendelt.

Und dabei bleibt es nur, wenn die Post wieder mit einer Sonderabgabe belastet wird. Es wird sich zeigen, ob es der Regierung gelingt, die Koalitionsfraktionen zum Bruch früherer Versprechungen zu bewegen und die Telefonbenut-

zer 1980 erneut über erhöhte Fernsprechggebühren zur Finanzierung der Bundesausgaben heranzuziehen.

Besonders schädlich ist diese Verschuldung unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten. Der Kredithunger des Staates führt zwangsläufig auf dem Kapitalmarkt zu einem Verdrängungswettbewerb mit der privaten Kreditnachfrage.

Die Gefahren sind: erhebliche negative Folgen für die Investitionen der Wirtschaft, für die Zinsentwicklung, für die Preisstabilität, für das Wirtschaftswachstum und durch das Zusammenreffen mit der Ölverteuerung eine nicht zu verantwortende Belastung unserer Volkswirtschaft. Zudem werden vordringliche neue Aufgaben, wie etwa die enorm kapitalintensive Entwicklung und Einführung neuer Energietechnologien (z. B. Verflüssigung und Vergasung von Kohle), durch die unverantwortlichen Haushaltsdefizite behindert.

Wegen des heute versäumten Schuldenabbaues wird bei einem künftigen Wirtschaftseinbruch ein Gegensteuern mit haushaltspolitischen Mitteln nicht mehr möglich sein. Der Schuldenberg des Bundes — mit der für 1980 geplanten Verschuldung werden es über 230 Mrd. DM, also mehr als der Haushalt eines ganzen Jahres sein — hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das eine sachgerechte Haushaltspolitik nicht mehr möglich macht.

Der Etat im Vergleich

Einzelplan	1979* (in Millionen)	1980 (in Millionen)	Ver- änderung (in Prozent)
01 Bundespräsidialamt	14,3	14,0	— 2,1
02 Bundestag	310,1	331,7	+ 7,0
03 Bundesrat	8,9	8,9	
04 Bundeskanzleramt	383,4	391,5	+ 2,1
05 Auswärtiges Amt	1 643,0	1 825,8	+ 11,1
06 Inneres	3 407,4	3 583,8	+ 5,2
07 Justiz	324,5	331,2	+ 2,1
08 Finanzen	3 119,8	3 057,7	— 2,0
09 Wirtschaft	5 112,6	5 435,8	+ 6,3
10 Ernährung	6 323,2	6 508,6	+ 2,9
11 Arbeit	46 487,0	48 849,5	+ 5,1
12 Verkehr	26 347,6	26 342,5	
13 Post- und Fernmeldewesen	5,0	16,5	
14 Verteidigung	36 663,6	37 735,7	+ 4,4*
15 Jugend, Familie, Gesundheit	18 208,6	18 559,7	+ 1,9
19 Bundesverfassungsgericht	10,8	11,8	+ 9,3
20 Bundesrechnungshof	33,2	33,4	+ 0,6
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4 557,9	5 127,7	+ 12,5
25 Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4 280,6	4 445,5	+ 3,9
27 Innerdeutsche Beziehungen	467,5	478,8	+ 2,4
30 Forschung und Technologie	5 554,2	6 175,3	+ 11,2
31 Bildung und Wissenschaft	4 151,3	4 222,6	+ 1,7
32 Bundesschuld	13 387,9	16 184,8	+ 20,9
33 Versorgung	8 719,4	8 699,8	— 0,2
35 Verteidigungslasten	1 131,7	1 136,7	+ 0,4
36 Zivile Verteidigung	730,7	735,0	+ 0,6
60 Allgemeine Finanzverwaltung	12 476,9	15 055,8	+ 20,7
Gesamt	203 860,6	215 300	+ 5,1**

* einschließlich 1. Nachtrag

** einschließlich vorgesehenem 2. Nachtrag (rund eine Milliarde Mark)

■ KOALITION

Wehners alter Ladenhüter

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner hat die Abgeordneten seiner Fraktion in einem ausführlichen Schreiben davor gewarnt, sich auf eine Auseinandersetzung mit dem Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, zu beschränken. „Wenn wir uns auf die eine Person festnageln lassen, anstatt zu sehen und zu verdeutlichen, daß diese Person nur das personelle Symptom eines Zustandes ist, der sich seit etwa zehn Jahren Schritt für Schritt entwickelt hat, dann werden wir versagt haben“, schrieb Wehner laut „Spiegel“.

Zu dem Brief des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Herbert Wehner stellt in seinem Brief an die SPD-Abgeordneten Geschichte und Wahrheit auf den Kopf. Die CDU hat als große Volkspartei der Mitte Voraussetzungen für sozialen Frieden und soziale Partnerschaft zu einer Zeit geschaffen, als die SPD noch eine ideologische Klassenpartei war. Die CDU hat sich im vergangenen Jahrzehnt als Volkspartei programmatisch erneuert, als starke Kräfte in der SPD hinter das Godesberger Programm von 1959 zurückfielen. Die CDU wird die liberale, christlich-soziale und konservative Volkspartei der Mitte bleiben.

In ihrem Grundsatzprogramm, das der Parteitag von Ludwigshafen im Oktober 1978 einstimmig verabschiedet hat, hat

die CDU die Grundsätze und Perspektiven ihrer Politik der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit überzeugend und verbindlich formuliert. Dieses Grundsatzprogramm enthält auch die Richtlinien für die künftige Politik der CDU.

Die CDU hat zu allen wichtigen Fragen der deutschen Politik positive Alternativen erarbeitet: so z. B. für eine gesicherte Energieversorgung; für die Familien mit Kindern; gegen eine zunehmende Bürokratisierung; für ein gerechteres und einfacheres Steuersystem und für die Erhaltung der bruttolohnbezogenen Rente.

Der Versuch Herbert Wehners, die CDU programmatisch in die rechte Ecke zu bringen, ist weder neu noch erfolgversprechend. Er ist ein alter Ladenhüter der SPD-Propaganda. Daß Herbert Wehner ihn jetzt wieder herausholt, hat einen einfachen Grund: Nachdem die Unionsparteien ihre Führungsdiskussion abgeschlossen haben, fürchtet Wehner die Gefahr, daß jedermann der desolaten Zustand der SPD und die Tatsache deutlich wird, daß hinter Helmut Schmidt eine personelle und politische Lücke klafft und daß die auseinanderstrebenden Kräfte in der SPD den Bundeskanzler in wichtigen Fragen zur Handlungsunfähigkeit verurteilen.

Über diesen Zustand der SPD will Herbert Wehner hinwegtäuschen. Zu diesem Zweck setzt er auf eine politische Strategie, die er schon immer eingeschlagen und empfohlen hat: Polarisierung, Freund-Feind-Denken und Verteufelung des politischen Gegners.

Der umstrittene Hamburger Schulsenator bleibt im Amt

Der wegen seiner extremistenfreundlichen Politik umstrittene Hamburger

Schulsenator Prof. Grolle (SPD) bleibt weiter im Amt. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlaments blockte mit ihrer Mehrheit einen Mißbilligungsantrag der CDU gegen ihn ab.

Die Union wollte Grolle stürzen, weil er kürzlich die Berufung von 16 linksextremistischen Lehrern in das Beamtenverhältnis durchgesetzt hatte. Bei den in den Staatsdienst übernommenen Pädagogen handelt es sich zum überwiegenden Teil um DKP-Mitglieder, von denen einige in ihrer Partei Funktionärsämter bekleiden.

Girgensohn droht mit Rücktritt

„Wir können Kultusminister Jürgen Girgensohn nicht halten, wenn er zurücktreten will“, erklärte der schulpolitische Sprecher der FDP, Jürgen Hinrichs. Der FDP-Politiker kommentierte damit die Ankündigung Girgensohns, er werde nicht Kultusminister bleiben, wenn Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen weiterhin nur als „Schulversuch“ eingerichtet werden dürfen.

CDU-Oppositionsführer Heinrich Köppler forderte Ministerpräsident Rau zu einer Stellungnahme dazu auf, ob Kultusminister Girgensohn nicht „angesichts seiner einseitigen Festlegung auf die Einführung der Gesamtschule als Regelschule in seinem Amt überfordert“ sei.

Jusos kontra Schmidt

Der von den Jusos vorgelegte Forderungskatalog für den kommenden SPD-Parteitag belegt aufs neue eindrucksvoll die große Diskrepanz zwischen den energiepolitischen Vorstellungen des Bundeskanzlers und denen des linken Flügels in der SPD. Während Schmidt immer wieder erklärt, auf den Einsatz

von Kernenergie könne nicht verzichtet werden — und im Zusammenhang mit den Energieproblemen sogar die Apokalypse eines möglichen Krieges an die Wand malt —, fordern die Jungsozialisten den völligen Verzicht auf Kernkraftwerke in der Bundesrepublik. Geradezu abenteuerlich mutet die Forderung der Jusos an, die „hochmonopolisierten Elektrizitätsunternehmen und die Kraftwirtschaft“ zu verstaatlichen.

Unbelehrbar

Die Jungsozialisten in der SPD wollen ihre Kampagne gegen Bundespräsident Carstens so lange fortsetzen, wie dieser das höchste Staatsamt bekleidet. Dies kündigte der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Klaus-Peter Wolf am 9. Juli 1979 in Berlin an. Die Kampagne unter dem Motto „Stoppt Carstens“ war unmittelbar nach der Nominierung des CDU-Politikers durch die Unionsparteien von den Jusos bundesweit gestartet worden.

Jusos fordern zum Verfassungsbruch auf

Als eine Aufforderung zum Verfassungsbruch hat CDU-MdB Olaf von Wrangel die Forderung der Berliner Jusos verurteilt, die Bundesregierung solle die DDR-Grenze als völkerrechtlich verbindliche Staatsgrenze anerkennen und Ost-Berlin Verhandlungen über eine rechtliche Fixierung von zwei deutschen Staatsangehörigkeiten anbieten. Wrangel, stellvertretender Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages, erklärte dazu: Diese Forderungen ignorieren den Willen der Menschen im geteilten Deutschland zur Einheit. Statt dessen unterstützen sie die politischen Ziele des SED-Regimes.

■ CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

Lothar Späth in Reutlingen: Unser Gegner steht links

Mit der überzeugenden Wahl von Lothar Späth zum neuen Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg dokumentierte die Landespartei auch nach außen hin eindrucksvoll ihre Einigkeit und Geschlossenheit. Lothar Späth erhielt auf dem Parteitag in Reutlingen am 7. Juli 350 von 378 gültigen Stimmen und tritt damit die Nachfolge von Hans Karl Filbinger an.

Filbinger wurde auf einstimmigen Vorschlag des Landesvorstandes per Akklamation von den Delegierten zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme ernannt. Damit ehrte die CDU jenen Mann, der die Landespartei an entscheidender Stelle mit aufgebaut hat. Lothar Späth sagte unter dem Beifall der Delegierten: „Wir brauchen Hans Filbinger, wir brauchen seinen Rat auch in der Zukunft.“

Zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die Delegierten den Fraktionsvorsitzenden Erwin Teufel. Mit ihm hatte sich auch der Verteidigungsexperte der Bundestagsfraktion, MdB Manfred Wörner, um das Amt beworben. An der Wahl nahmen 407 Delegierte teil. 219 wählten Teufel, 188 stimmten für Wörner. Anträge, die Zahl der Stellvertreter zu erhöhen, fanden keine Mehrheit.

In einer großangelegten kämpferischen Rede versicherte Lothar Späth unter

dem großen Beifall der Delegierten, daß die CDU Baden-Württemberg einhellig und vorbehaltlos die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß unterstütze. Mancher der politischen Gegner habe schon insgeheim frohlockt bei dem Gedanken, daß sich die CDU spalten könne. Das sei, Gott sei Dank, vermieden worden. Das Wichtigste für die Union sei jetzt, daß sie wieder zu geschlossenem und selbstbewußtem Handeln zusammenfinde und den Gegner dort suche wo er steht: nämlich links. Die CDU in Baden-Württemberg werde in den bevorstehenden Wahlkämpfen überzeugend aufzeigen, daß die Union die besseren Alternativen zur Bonner Koalition habe — sei es in der Familien- oder Jugendpolitik, der Steuer- oder Finanzpolitik oder in der Wohnungsbau- und Energiepolitik.

Als Nahziele stellte der Ministerpräsident zwei Aufgaben heraus: Die Eroberung der Rathäuser und eine überzeugende Mehrheit für die Union bei den Landtagswahlen im nächsten Frühjahr. Wörtlich sagte Lothar Späth: „Was die baden-württembergischen Belange betrifft, so ist uns um das Votum der Wähler nicht bange. Wir haben hart und gut gearbeitet, wir haben eine solide und dynamische Politik für die Menschen dieses Landes gemacht, wir besitzen das Vertrauen der Bürger.“

Sehr energisch setzte sich der Ministerpräsident mit der Legende um den Bun-

deskanzler auseinander. Schmidt spiele in der SPD hauptsächlich die Rolle des Machterhalters, außerdem sei er aber der pragmatische Vorturner einer im Kern ideologisch fixierten Riege. Es müsse endlich einmal aufgeräumt werden mit der Legende, daß Schmidt eine geläuterte, wählbare SPD präsentiere, ebenso mit der These, daß die SPD eine Volkspartei sei, meinte Späth.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte der später zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählte CDU-Fraktionschef Erwin Teufel drei Schwerpunkte der politischen Arbeit der Stuttgarter Landtagsfraktion genannt. Der erste Schwerpunkt sei die Stärkung der Familie. Die Politik könne zwar die Bereitschaft, Kinder zu haben, nicht verordnen, sie könne aber „ganz entscheidende Rahmenbedingungen“ für eine gute Entwicklung der Familie setzen. Als weiteren Schwerpunkt nannte Teufel die Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation. Die CDU-Fraktion werde sich vor allem um Ausbildungsplätze und um die innere Schulreform kümmern. Der dritte Schwerpunkt sei die Bürgernähe durch Dezentralisierung und Stärkung der Selbstverwaltung.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Parteidelegierten einen Antrag, der sich entschieden gegen die vom Deutschen Gewerkschaftsbund geforderten Abtreibungs-Modellzentren wendet. Gleichzeitig sprach sich die Landes-CDU für eine rechtliche und moralische Unterstützung jener Kreise und Gemeinden aus, die in ihren Krankenhäusern Schwangerschaftsunterbrechungen untersagen.

Neu in den 20köpfigen Landesvorstand gewählt wurde u. a. Justizminister Heinz Eyrich. Die höchsten Stimmzahlen er-

hielten die Minister Gerhard Weiser, Robert Gleichauf und Heinz Eyrich sowie der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel. Neuer Landesschatzmeister wurde der Stuttgarter Rechtsanwalt Wolfgang Fahr anstelle von Hubertus Neuhaus, der nicht mehr für das Amt kandidiert hatte.

Hier die Namen der 20 Beisitzer im Landesvorstand: Minister Gerhard Weiser (336), Minister Robert Gleichauf (329), Minister Heinz Eyrich (297), OB Manfred Rommel (282), Minister Annemarie Griesinger (258), Robert Ruder, MdL (247), Matthias Wißmann, MdB (222), Lutz Stavenhagen, MdB (219), Professor Roswitha Wiesniewski, MdB (216), Siegbert Alber, MdEP (215), Herbert Czaja, MdB (208), Eduard Adorno (207), Ventur Schöttle, MdL (203), Kurt Härzschel (200), Heinz Heckmann, MdL (200), Wolfgang Schäuble, MdB (198), Gerhard Mayer-Vorfelder (196), Gundolf Fleischer, MdL (191), Roland Gerstner, MdL (191), Gerd Langguth, MdB (179). (In Klammern die Stimmzahl.)

Familiengeld aus Landesmitteln

Die baden-württembergische Landesregierung will ein landeseigenes Mutter-schaftsgeld auch für nichterwerbstätige Mütter einführen, bis die Bundesregierung sich zu einer entsprechenden Lösung entschließt. Dies hat Ministerpräsident Lothar Späth vor dem CDU-Landesparteitag in Reutlingen angekündigt. Bekanntlich war eine Initiative der Landesregierung im Bundesrat, den sechs Monate dauernden Mutterschaftsurlaub samt Erziehungsgeld auch auf nichtberufstätige Mütter auszudehnen, gescheitert. Die Sozialausschüsse der Landespartei hatten dem Landesparteitag einen Antrag vorgelegt, in dem ein landeseigenes Familiengeld gefordert worden war.

■ SPORT-HEARING

Bewegungsmangel schadet mehr als Hochleistungstraining

„Die Schäden durch Bewegungsmangel im Kindes- und Jugendalter sind größer als sie jemals entstehen können durch Überbelastung von Kindern im Hochleistungstraining.“ Dieses von Prof. Hollmann, Direktor des Instituts für Kreislaufforschung und Sportmedizin an der Sporthochschule Köln, gezogene Fazit wurde von einer breiten Mehrheit der Experten beim CDU-Hearing „Kinder im Hochleistungssport“ am 3. Juli 1979 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn geteilt.

Unter Leitung des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sport der CDU, MdB Wolfgang Schäuble, referierten und diskutierten namhafte Wissenschaftler, darunter die Professoren Dr. Horst Cotta, Heidelberg; Dr. Wildor Hollmann, Köln; Dr. Rolf Andresen, Berlin; und Dr. Otto Sperling, Düsseldorf; die Bundestrainer Hanna Stobbe, Horst Planert, Erich Zeller und Jana Kubicka, die Sportler Annette Michler, Manfred Schnellendorfer, Monika Stütze und Ursel Wirth-Brunner und führende Vertreter von Sportverbänden mit CDU-Sportpolitikern über die Probleme von Kindern im Hochleistungssport.

Professor Dr. Cotta, Direktor der Orthopädischen Klinik Heidelberg, wies nach, daß einseitig betriebener Leistungssport im Kindesalter eindeutig Schäden am Haltungs- und Bewegungsapparat bewirken kann. Cotta forderte daher

möglichst frühzeitige Tauglichkeitsuntersuchungen und regelmäßige Kontrollen während des Trainings. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß im Kindesalter nicht Hochleistungssport betrieben, sondern vorbereitet werden sollte.

Professor Dr. August Kirsch, Direktor des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Köln, und der Vorsitzende des Bundeselternrates, Alois Graf von Waldburg-Zeil, beleuchteten vor allem die psycho-sozialen Aspekte des Hochleistungstrainings bei Kindern und Jugendlichen.

Professor Kirsch führte aus, die bisherigen Untersuchungen hätten gezeigt, daß Kinder und Jugendliche, die Hochleistungssport betreiben, sich nur geringfügig von gleichaltrigen Kindern und Jugendlichen ohne diese Belastungen unterscheiden. Schulische Leistungen seien weder besser noch schlechter als bei Kindern ohne hohe Trainingsbelastung. Hochleistungstraining gehe allerdings auf Kosten der Freizeit, es bestimme in vielen Fällen das gesamte Familienleben. Auch Eltern von Kindern im Hochleistungssport seien stark belastet, unter anderem durch finanzielle Aufwendungen und Fahrten zum Training.

Graf von Waldburg-Zeil sprach sich dafür aus, daß die Schule genügend Freiraum für außerschulische Entfaltung im Sport, in der Musik und in anderen Hobbys geben müsse. Die Entfaltung

zahlloser Kinderpersönlichkeiten sei durch das absolut unpädagogische Prinzip verhindert worden: „Erst muß die Diktatnote besser werden, dann erst kommt wieder der Sport oder das Musikinstrument.“ Hier werde zuwenig gesehen, daß außerschulische Erfolgserlebnisse die schulische Entfaltung und die Entfaltung der Gesamtpersönlichkeit besser förderten als ständige schulische Mißerfolge.

Eine große Rolle im Leben eines Sportlers spielt die Frage: Was kommt danach? Ursel Wirth-Brunner sagte dazu: „Dieses Problem ist in anderen Ländern gelöst, bei uns nicht. So lange aber bei uns das Gefühl herrscht, hinterher in ein Vakuum zu fallen, verlieren wir viele gute Aktive. Wenn wir unseren Sportlern über Jahre täglich ein mehrstündiges Training zumuten, dann müssen wir ihnen auch eine echte Alternative geben, müssen sie eine wirkliche Chance haben, im späteren Leben zu bestehen.“

Eine Motivationsänderung bei den Trainern forderte der Kölner Diplomspsychologe Erwin Hahn vom Bundesinstitut für Sportwissenschaften. Hahn sagte: „Bei Kinder- und Jugendtrainern wird vielfach die Motivation des Spitzentrainers kopiert. Er muß Erfolgstrainer sein, braucht Erfolge, um überleben zu können. Ein Erfolgstrainer ist aber der Tod eines Kinder- und Jugendtrainings. Das Training muß zwar leistungsorientiert, aber nicht erfolgsorientiert sein.“

Generalsekretär Heiner Geißler, der mit den Experten und Sportlern ein Gespräch führte, betonte, daß die Ergebnisse dieses Hearings nicht nur für die weitere Förderung des Leistungssports von Bedeutung seien. Auch für den Sportunterricht an Schulen könnten sie richtungweisend sein.

MdB Wolfgang Schäuble hob in seinem Schlußwort hervor, daß die CDU sich

zum Leistungssport bekenne — aber nicht um jeden Preis.

Er forderte daher

- ① Mehr Aufklärung von jungen Hochleistungssportlern und vor allem deren Eltern über mögliche Chancen und Risiken.
- ② Frühzeitige sportmedizinische Untersuchungen und Kontrollen des Trainings.
- ③ Förderung von talentierten Kindern im Leistungssport durch breit angelegtes allgemeines Training als Vorbereitung für den Hochleistungssport. Eine möglichst späte Spezialisierung, die zu einer Heraufsetzung des Höchstleistungsalters führt.
- ④ Verantwortungsvolle Trainer und Übungsleiter, die nicht bestrebt sind, sich ausschließlich an den kurzfristigen Erfolgen ihrer Schützlinge messen zu lassen, sondern ihre Arbeit langfristig im Interesse der psychischen und physischen Gesunderhaltung der Kinder anlegen.

Diese Forderungen gelten nicht nur für den Vereinssport, sondern müßten auch im Schulsport berücksichtigt werden.

Programm für Stadtentwicklung

Das Institut für Kommunalwissenschaften (IFK) der Konrad-Adenauer-Stiftung hat in Zusammenarbeit mit dem CDU-Kreisverband Bielefeld ein Stadtentwicklungsprogramm der CDU für Bielefeld erarbeitet, das auf 87 DIN-A5-Seiten zu allen mit der Stadtentwicklung dieser Stadt im Zusammenhang stehenden Fragen Stellung nimmt. Interessenten können dieses Programm anfordern beim Institut für Kommunalwissenschaften (IFK) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Postfach 12 60, 5205 Sankt Augustin 1.

■ VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

Kein klares Bekenntnis zur Arbeit des Staatsschutzdienstes

Die Bundesregierung ist sich einmal mehr selbst treu geblieben; mit der nun schon traditionellen halbjährigen Verspätung legt sie zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause den Verfassungsschutzbericht vor.

Es läßt sich der Eindruck nicht verhehlen — so der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß, MdB Carl-Dieter Spranger —, daß sie diesen Zeitpunkt mit der Absicht gewählt hat, um sowenig Aufhebendes wie möglich von ihren Erkenntnissen zu machen. Denn sonst liefe sie doch Gefahr, an ihren eigenen Aussagen gemessen zu werden. Dies gilt ganz besonders für die grundsätzlichen Bemerkungen zu den Gefahren von „Rechts“ und „Links“, die in offensichtlichem Widerspruch stehen zu offiziellen Erklärungen führender Repräsentanten von SPD und FDP.

Das halbherzige Eintreten der Bundesregierung für die Organe des Verfassungsschutzes verwundert angesichts des bekannten „Enthüllungsstrebens“ des Bundesinnenministers nicht mehr. Die Begründung für die Notwendigkeit der Staatsschutzbehörden und die In-schutznahme von Beamten vor ungerechtfertigten und an Psychoterror grenzenden Angriffen, die in der jüngsten Zeit wieder verstärkt aus dem Koalitionslager zu hören waren, lassen jede innere Überzeugung vermissen.

Ein klares Bekenntnis zur Arbeit der

Staatsschutzorgane und im Bericht mehr Enthüllung über die wirklichen Gefahren von „Rechts“ und „Links“ bei gleichzeitigem Verzicht auf langatmige und den Tatbestand umschreibende Ausführungen hätten der Aussagekraft des Berichts gutgetan.

Dazu gab MdB Heinz Schwarz, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU, zwei Beispiele:

Im Jahre 1976 wurden nach dem Verfassungsschutzbericht 7 900 extremistische Spanier in der Bundesrepublik Deutschland gezählt, für das Jahr 1978 ergab sich angeblich ein starker Rückgang um über 2 000 auf 5 800. Befragt nach dem Grund für diesen Rückgang, erklärte Minister Baum unbefangen, „die Mitglieder der spanischen kommunistischen Partei, die in der Bundesrepublik leben, werden nicht mehr zu den Linksextremisten hinzugerechnet“.

Ein zweites Beispiel unterstreicht diese Befürchtung: Nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes ist angeblich die Zahl der Linksextremisten im öffentlichen Dienst der Länder 1978 nur noch geringfügig angestiegen — nämlich um 10 von 1 550 auf 1 560. Dieser Statistik widersprechen aber bekannte Zahlen. Nach Erklärungen des Hamburger Schulsenators Professor Grolle (SPD), hat nämlich allein in diesem Bundesland die Zahl der linksextremistischen Lehrer in einem Jahr von Oktober 1977 bis Oktober 1978 von 240 auf 264 zugenommen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Heuchler

Der Bundeskanzler hat seine Parteifreunde davor gewarnt, die Fähigkeiten von Strauß zu unterschätzen, „alte Affären“ auszugraben, ihn zu „dämonisieren“. Die SPD müsse sich politisch mit ihm auseinandersetzen. Löbliche Worte, doch erhebliche Zweifel sind angebracht, daß sein Appell im Wahlkampf auch befolgt werden wird.

Schmidts Kollegen in der SPD-Führung basteln bereits eifrig an der Strauß-Verfehlung. Laut Wehner entspricht er „den demokratischen Erfordernissen am wenigsten“, Brandt fühlt sich aufrufen, „den Schaden für die Demokratie so gering wie möglich zu halten“.

Das Brandt-Wehnersche Geheuchel ist geradezu widerwärtig, wenn man sich die Aktivitäten des ehemaligen Bundes-

kanzlers vor Augen hält. Nicht nur die Israeli empfinden es als skandalös, daß der Friedensnobelpreisträger Brandt in Wien mit Kreiskys „Staatsgast“, dem PLO-Chef, sprich Chef-Terroristen Arafat, „Nahost-Lösungen erörterte“. Ein unglaublicher Vorgang und eine ungeheuerliche Brüksierung Israels, das nach der Aufhebung der Verjährung gerade wieder an das Gute im Deutschen zu glauben begann.

Die PLO ist unverändert eine Terrororganisation und Arafat der Mann, der (unter anderem!) verantwortlich ist für das Münchner Olympiamassaker, Überfälle auf Schulen, Schulbusse, Kindergärten in Israel, Ausbildung deutscher Terroristen, Ermordung des Flugkapitäns Schumann. Den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag nennt er einen „Kriegspakt“.

Über Strauß geifern und mit Arafat plaudern — das ist die SPD heute. Entlarvend.

(Münchner Merkur, 9. Juli 1979)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mullenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD